



Arbeitsheft

Nummer 2

Tagesordnung, Bewerbung, Änderungsanträge zum Leitantrag

1. Parteitag, 3. Tagung

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

16. Mai 2009

Blossin

INHALTSVERZEICHNIS

ENTWURF: TAGESORDNUNG UND ZEITPLAN.....	4
BEWERBUNG FÜR: MITGLIED DES LANDESVORSTANDES	5
ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM LANDTAGSWAHLPROGRAMM	6
ANTRAG 1 Von Jörg Schönberg.....	6
ANTRAG 2 Von Thomas Römer	8
ANTRAG 3 Von Harald Gansel.....	9
ANTRAG 4 Von Dr. Annemarie Kersten	10
ANTRAG 5 Von Dr. Annemarie Kersten	12
ANTRAG 6 Von Martin Neumann; Sprecher der LAG Schule und Bildung.....	12
ANTRAG 7 Von Peter Engert, Anja Laabs, René Schuster, ... u.a.	15
ANTRAG 8; Ergänzt Antrag 7 Von Christian Rehmer.....	22
ANTRAG 9 Von der Basisorganisation Neue Impulse Potsdam	24
ANTRAG 10 Von Ronny Besançon.....	27
ANTRAG 11 Vom Jugendverband [solid']	28

Entwurf: Tagesordnung und Zeitplan

14.00 Uhr	Eröffnung der Tagung
14.10 Uhr	Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser
14.30 Uhr	Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi
15.00 Uhr	Diskussion zum Entwurf für ein Landtagswahlprogramm
15.00 Uhr	Zur Präambel (Einleitung durch Thomas Nord) Diskussion und Anfragen
15.30 Uhr	Zu Kapitel 1: Arbeit (Einleitung durch Christian Görke) Diskussion und Anfragen
16.00 Uhr	Zu Kapitel 2: Armut bekämpfen (Einleitung durch Birgit Wöllert) Diskussion und Anfragen
16.30 Uhr	Zu Kapitel 3: Bildung / Kultur (Einleitung durch Gerrit Große) Diskussion und Anfragen
17.00 Uhr	Zu Kapitel 4: Regionen (Einleitung durch Stefan Ludwig) Diskussion und Anfragen
17.30 Uhr	Zum Abschlusskapitel (Einleitung durch Ralf Christoffers) Diskussion und Anfragen
18.00 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
18.05 Uhr	Wahl von einem Mitglied im Landesvorstand (Nachwahl) Aufstellung einer gemischten Liste
18.20 Uhr	Wahlgang und Abendbrotpause
19.00 Uhr	Bekanntgabe des Wahlergebnisses
19.10 Uhr	Behandlung und Beschlussfassung des Entwurfes des Landtagswahlprogramms als Grundlage für eine weitere Diskussion mit der Gesellschaft
19.45 Uhr	Behandlung weiterer Anträge
20.00 Uhr	Schlusswort des Landesvorsitzenden

Bewerbung für: Mitglied des Landesvorstandes

Peter Lange
Kirchstr. 9
14774 Brandenburg

Brandenburg, den 28.04.2009

Sekretariat
Landesgeschäftsführung der LINKEN.
14469 Potsdam
z.H. Maria Strauß

Liebe Genossinnen und Genossen,
als ehemaliger Kreisvorsitzender der WASG der Stadt Brandenburg und ehemaliger
Vorsitzender der WASG Potsdam, sowie Mitglied des Kreisvorstandes der Linken in Potsdam
bewerbe ich mich hiermit für den neu zu wählenden Platz als Mitglied des Landesvorstands
für die Partei DIE LINKE. Mein Ziel ist es, die Befindlichkeiten der ehemaligen WASG-
Mitglieder im Landesvorstand einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Lange

Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Stand 09. 05. 2009

Die Anträge enthalten oft mehrere Einzelanträge, sie sind in dieser Zusammenstellung durch Zeilen getrennt und mit Einzelnummerierung durchnummeriert. Beispiel. Antrag 1 enthält 5 Einzelanträge, von 1.1 bis 1.5. Das erleichtert die gemeinsame Orientierung in dem Abstimmungsverfahren.

Antrag 1:	Von Jörg Schönberg	(enthält 5 Einzelanträge)
Antrag 2:	Von Thomas Römer	(enthält 8 Einzelanträge)
Antrag 3:	Von Harald Gansel	(enthält 8 Einzelanträge)
Antrag 4:	Von Dr. Annemarie Kersten (Delegierte AG Umwelt)	(enthält 15 Einzelanträge)
Antrag 5:	Von Dr. Annemarie Kersten	(enthält 1 Einzelantrag und ist ein Zusatzantrag zu 4.)
Antrag 6:	Von Martin Neumann (Sprecher der LAG Schule und Bildung)	(enthält 10 Einzelanträge)
Antrag 7:	Von Peter Engert, Anja Laabs, René Schuster, Christian Rehmer und Sylvia Voß	(enthält 21 Einzelanträge)
Antrag 8:	Von Christian Rehmer	(enthält 1 Einzelantrag und ist ein Ergänzungsantrag zu Nr. 7)
Antrag 9:	Von der Basisorganisation Neue Impulse Potsdam	(enthält 9 Einzelanträge)
Antrag 10:	Von Ronny Besançon	(enthält 3 Einzelanträge)
Antrag 11:	Vom Jugendverband linksjugend [solid']	(enthält 1 Einzelantrag)

Der Landesvorstand hat sich auf seiner Sitzung am 9. Mai 09 mit den bis dahin vorliegenden Anträgen beschäftigt und Übernahmen bzw. Teilübernahmen beschlossen. Dies ist in der folgenden Übersicht ersichtlich.

Daraus ergibt sich eine Neufassung des Antrages zum Wahlprogramm, die im Arbeitsheft 3 nochmals dokumentiert ist.

ANTRAG 1 **Von Jörg Schönberg**

Nach Rückfrage der Fraktion hat der Antragsteller seinen Antrag zurückgenommen.

1.1

- Pkt. 82: **Arbeitsplätze sind zu erhalten - wie für Stammebelegschaften wie für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter**
„Leihfirmen“ und Menschen zu verleihen (Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter - das ist doch moderner Sklavenhandel. Das gilt abgeschafft zu werden!!!
 - und die jetzigen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen eine Festanstellung bekommen.

1.2

- Pkt. 211: **eine faire Bezahlung und an Fragen wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird.**
 - „ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird“ muss gestrichen werden

1.3

- Pkt: 646: **gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Leiharbeit**
 - dieser Pkt. würde gestrichen werden müssen, wenn Änderung von Pkt. 82 Beachtung findet

1.4

- Pkt:1151: **Gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik und der alten Bundesrepublik; keine einseitige Aufarbeitung wie es seit 20 Jahren praktiziert wird**
 - diesen Punkt schlage ich vor aufzunehmen

1.5

- Pkt:1577: **qualifizierten Aus- und Fortbildung der Polizei...**
 - dazu kann ergänzt werden: dabei sollen spezifisch schutzpolizeiliche und kriminalistische Inhalte mehr Beachtung geschenkt werden,
 - der Berufswunsch Polizist zu werden, soll gefördert werden, (der jetzige Personalbestand reicht nicht aus, dass angezeigte Straftaten schneller bearbeitet werden, da ist die Personaldecke der Polizei zu dünn (auch wenn was Anderes erzählt wird)

Genossen, und unsere Rentner und Menschen mit Behinderung sollen nicht in Vergessenheit geraten!

ANTRAG 2 *Von Thomas Römer*

Die Fraktion befürwortet den Antrag. Er bezieht sich jedoch auf eine veraltete Version und muss daher aktualisiert werden.

2.1				
-----	--	--	--	--

- Zweiten Satz (1480-1482) streichen.

2.2				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1485 Mitte aus Ausrufezeichen Punkt.

2.3				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1488 dito und leben kleinschreiben.

2.4				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1490 Anstiegs der Wohnkosten.

2.5				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1497 Satz „Hier sind differenzierte Antworten gefragt.“ streichen.

2.6				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1499 aus Ausrufezeichen Punkt.

2.7				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1502 Satz ersetzen durch: „Eine Grundforderung unsererseits ist die Entlastung der Wohnungsunternehmen von den Altschulden.“

2.8				
-----	--	--	--	--

- Zeile 1507 aus ist wird wäre.

ANTRAG 3 **Von Harald Gansel**

3.1			Teilübernahme mit Neuformulierung
-----	--	--	-----------------------------------

- Z95 „Demokratische Marktwirtschaft“ - Der Unterschied zu sozialer Marktwirtschaft ist nicht erkennbar - vermutlich den meisten Lesern auch nicht bekannt.

3.2			Teilübernahme in Zeile 98
-----	--	--	---------------------------

- Z103 Satz in etwa anfügen „Wir wollen anfangen, Ideen eines demokratischen Sozialismus in politisches Handeln umzusetzen.“ (erste Zeichen setzen)

3.3			
-----	--	--	--

- Z133 hinter gesetzt einfügen „das wollen auch wir, jedoch hat Sie seinen Schwächen keinen helfenden Impuls geben können, aber gerade das wollen wir“

3.4			Übernahme
-----	--	--	-----------

- Z141 statt krisenfest „krisenfester“ (wir haben noch keinen demokratischen Sozialismus)

3.5			
-----	--	--	--

- Z146- 150 ein Gedankenstrich zufügen „keine Langzeitarbeitslosigkeit arbeitsfähiger Menschen zulassen“

3.6			<i>Kein formaler Antrag</i>
-----	--	--	-----------------------------

- Z169-217 „Von Arbeit muss man leben können“ - was ist damit gemeint; ein Einzelner, eine Familie, bitte festlegen oder Überleitung zum Mindestlohn mit konkreter Summe netto/brutto

3.7			<i>Kein formaler Antrag</i>
-----	--	--	-----------------------------

- Dies sollte auch in Einklang mit Z 247 „1400 € brutto“ sein.

3.8			
-----	--	--	--

- Z1816 aufnehmen „Mit Ihnen sagen wir: Ja, wir können`s“

ANTRAG 4 **Von Dr. Annemarie Kersten**

4.1			Teilübernahme mit Neuformulierung
-----	--	--	-----------------------------------

S. 3 /95 einfügen ... sozialen und demokratischen Marktwirtschaft

4.2				
-----	--	--	--	--

S. 3/108 Das Wort Wachstum streichen – *generell ist in unserer Gesellschaft nicht Wirtschaftswachstum erforderlich, um Wohlstand für alle zu sichern. Dieses Kriterium dient der Gewinnmaximierung und ist in der Linken und bei Umweltbewussten sehr umstritten.*

4.3				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

S.4 / 145- 151 - dem Klimawandel entgegenwirken und die Stabilität der Ökosysteme erhalten ergänzen *Hier fehlt schlichtweg dieses Ziel und es entspricht auch dem weiteren Inhalt des Entwurfs*

4.4				Kein formaler Antrag
-----	--	--	--	----------------------

S. 6 ... neue Industrien *besser definieren. Dieser Terminus ist sehr ungenau.*

4.5				
-----	--	--	--	--

S. 7 / 278 unter kritischer Begleitung der Gentechnik und unter vollem Ausschluss der Grünen Gentechnik ...ergänzen – *Wir wollen doch nicht durch die Hintertür das wieder reinlassen*

4.6				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

S. 10/ 438 voranstellen: Brandenburg ist das walddreichste Bundesland. Diesen Reichtum nachhaltig zu bewahren verlangen seine Funktionen als Rohstofflieferant, als Erholungsraum und seine Fähigkeit CO₂ zu binden.
Im Entwurf wird mehrfach auf die besonderen Potentiale Brandenburgs verwiesen. Das sollte man am Beispiel des Waldes deutlich hervorheben.

4.7			unklarer Bezug	
-----	--	--	----------------	--

S. 10 /438 nicht... „begleiten“, sondern ... „einbeziehen“ und Akteure konkret benennen
Deshalb besser: Agenda-Gruppen, BIs, NGOs u.a. sind unsere Partner *Es geht doch um mehr Demokratie*

4.8				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

S. 10 /470 ... notwendig ... streichen, dafür: Sie ist notwendig und möglich bei Weiterentwicklung des Energiemix und konsequenter Nutzung aller Effizienzsteigerungs- und Einsparpotentiale *Ich halte es für wichtig die Möglichkeit zu betonen und dabei das Zusammenwirken der 3 Wege zu benennen.*

4.9				
-----	--	--	--	--

S. 10/484 ... darf nicht mit nachteiligen Folgen für die Lebensqualität... streichen, dafür...bei größtmöglicher Akzeptanz der Menschen erfolgen. *Lebensqualität ist ein sehr subjektives Kriterium. Ich habe mehrfach Versammlungen erlebt, wo nicht abgewogen wurde, sondern aggressiv mit falschen Argumenten Stimmung gemacht wurde. Um die Akzeptanz kann man werben, vor allem, wenn man die Energiewende im größeren Zusammenhang betrachtet. Erst nach sachlichem Abwägen können Ausschlusskriterien und diese sind lokal oft unterschiedlich, gelten.*

4.10	unklare Ortsangabe; Seite 13 beginnt mit Zeile 583			
------	--	--	--	--

S. 13/ 483 Ergänzen: Brandenburg hat Defizite bei der Umsetzung der WRRL... unterstützen ... streichen, stattdessen: Wir werden ... uns einsetzen

4.11	keine Zeilenangabe; 6 14?			
------	---------------------------	--	--	--

S. 13 ...Alleenfonds, um eine planmäßige Verjüngung und Ergänzung im Alleen-Bestand zu sichern . *Ich würde gerne das Ziel benennen.*

4.12				Übernahme
------	--	--	--	-----------

S. 18 / 810 ... wir neue pädagogische Konzepte.. streichen, dafür ... die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte in den Schulalltag. *Nach meiner Kenntnis gibt es reichlich wissenschaftlich konzeptionelle Arbeit. Brandenburg wäre sicher ein ganzes Stück weiter, wenn es sich dieses Potentials bedienen würde.*

4.13				Übernahme
------	--	--	--	-----------

S. 20 /900 ff Dazu gehört auch das Schaffen von Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer ... einfügen - *In der planmäßigen Weiterbildung der Lehrer lag sicher auch eine Quelle für das erfolgreiche Bildungssystem der DDR. Man braucht das sicher nicht wieder in dieser stringenten Weise einführen, aber Zeit und Möglichkeiten für die ständige Fortbildung der Lehrer sind unverzichtbar.*

4.14	Im Text Zeile 14 15; ungenaue Ortsangabe	Teilübernahme
------	--	---------------

S. 30 / 1445 nach ... Hafenanlagen. Das Projekt 17, der Havelausbau, ist endgültig zu stoppen. Wir fordern die Landesregierung auf, dem Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals und der Mittleren Havel das Einvernehmen zu entziehen.

Das Projekt steht genauso auf der Kippe wie das Bombodrom. Wir müssen dranbleiben.

4.15				
------	--	--	--	--

S. 40 / 1817 ... aus der Krise führen *wohin? Nur aus der Krise ? deshalb ergänzen*
.. hin zu einer sozialeren und ökologischeren Gesellschaft

ANTRAG 5 **Von Dr. Annemarie Kersten**

5.1	Identisch mit Antrag 7.10	
-----	---------------------------	--

S. 10 nach 464

Das System der Brandenburger Großschutzgebiete als Erfolgsgeschichte für Modellregionen nachhaltiger regionaler Entwicklung mit seinen Möglichkeiten für den Tourismus, die Landwirtschaft als Motoren regionaler Entwicklung und der Chancen für klein- und mittelständische Betriebe soll konsequent fortgeführt werden und auf Gebiete ausgedehnt, die ihrerseits ebenfalls dafür geeignet sind, wie z. Bsp. das Gebiet der Mittleren Havel.

ANTRAG 6 **Von Martin Neumann; Sprecher der LAG Schule und Bildung**

Änderungsanträge der LAG Schule und Bildung (Änderungen unterstrichen)

Antrag wurde in allen Punkten übernommen				
--	--	--	--	--

6.1				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeilen 813 bis 816, Neuformulierung:

„Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schülerinnen und Schüler zählt. Die verbesserte Personalausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für die

Umsetzung zukunftsfähiger Bildungskonzepte. Darüber hinaus muss endlich der Skandal beendet werden, dass Unterricht in Größenordnungen ausfällt bzw. solcher Ausfall mit windigen Notlösungen kaschiert wird.“

Begründung:

Der in der jetzigen Formulierung hergestellte Zusammenhang zwischen Personalausstattung und Unterrichtsausfall stimmt so nicht. Dafür ist auch der Fachlehrkräftemangel aufgrund fehlender Ausbildungskapazitäten mit verantwortlich.

6.2				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 822 und 824

Streichung der Formulierungen „Faustregel ist“ und „, soziales Lernen“

Begründung:

Die jetzige Formulierung suggeriert, dass allein der Fachkräftemangel Ursache für Mängel in Bildung und Erziehung in Kitas ist. Das stimmt natürlich so nicht und sollte deshalb korrigiert werden. Im Übrigen stimmt die `Faustregel´ `je kleiner die Gruppe, desto besser für das soziale Lernen´ nicht. Nachgewiesenermaßen ist eine gewisse Gruppengröße für soziales Lernen unabdingbar.

6.3				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 848/849, Neuformulierung:

„~~Und d~~Die Fachhochschulbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden wir ausbauen.“

Begründung:

Dieses Vorhaben sollte konkret benannt werden, nicht nur als `weiche´ Absicht.

6.4				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 855, Neuformulierung:

„... denn Kinder lernen besonders gut von Kindern.“

Begründung:

Wenn die jetzige Formulierung stimmen würde, dann könnten wir uns künftig ausgebildete ErzieherInnen und Lehrkräfte sparen.

6.5				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 867/868

Streichung der Formulierung „bis zur 10. Klasse“

Begründung:

Wir sollten die laufende Diskussion über den organisatorischen Aufbau der Gemeinschaftsschule nicht durch eine zeitliche Begrenzung vorab `belasten´. Unser zentrales Ziel in Sachen Gemeinschaftsschule in der kommenden Legislaturperiode muss der Einsatz

für längeres gemeinsames Lernen sein, über das konkrete Modell der Gemeinschaftsschule in Brandenburg sollte parallel dazu dann innerhalb der Legislaturperiode mit der Gesellschaft diskutiert und entschieden werden. Wir wollen kein Modell `von oben`, sondern ein Modell, das von einer Mehrheit mit getragen wird.

6.6				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 871/872, Neuformulierung:

„Schulstandorte werden wir sichern, indem wir die Kooperation zwischen Grund- und weiterführenden Schulen mit dem Ziel fördern, sie langfristig zusammenführen zu können.“

Begründung:

Die Förderung der Kooperation ist die Voraussetzung einer Zusammenführung der Schulen, ansonsten ist es ein `Zusammennageln` von Oben, was erfahrungsgemäß ein sehr konfliktreicher Prozess ist. Wir wollen, dass es ein Prozess `von unten` ist, bei dem trotzdem das Ziel „Zusammenführung“ klar ist.

6.7				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 876, Neuformulierung:

„Die Angleichung der Rahmenbedingungen, wie u.a. Bildungsauftrag in Rahmenlehrplänen und bei der Stundenzuweisung, für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ...“

Begründung:

Die jetzige Formulierung ist missverständlich, weil sie die mangelnde Durchlässigkeit und damit Chancengleichheit auf Rahmenlehrpläne und Stundenzuweisung reduziert. Es muss aber um die Gesamtheit der Rahmenbedingungen gehen, die angeglichen werden müssen.

6.8				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 887, Neuformulierung:

„Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und Berufswahlorientierung an allgemein bildenden Schulen werden wir verstärken.“

Begründung:

Die drei genannten Komponenten sind in den Rahmenlehrplänen bereits enthalten, müssen aber konsequent umgesetzt werden.

6.9				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Zeile 892, Ergänzung:

„Außerdem werden wir Schritte zur Erhöhung der Zahl der Schülerinnen und Schüler einleiten, die pro Altersjahrgang die Schule mit einem Abitur-Abschluss verlassen.“

Begründung:

Wenn wir die Zahl der Jugendlichen mit einem Hochschulabschluss pro Altersjahrgang

kritisieren (Zeile 797 f.), müssen wir auch eine Aussage zur Erhöhung der Abiturquote pro Altersjahrgangsstufe machen.

6.10			Übernahme
------	--	--	-----------

Ziele 908/909, Ergänzung:

„Eine weltoffene Gesellschaft braucht mündige, selbstbestimmte und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger. Die bisherigen Angebote seitens der Schule reichen dafür nicht aus. Deshalb werden wir uns für die Stärkung der Politischen Bildung in allen Schulstufen und Schulformen einsetzen. Kooperierende Einrichtungen für dieses Anliegen, wie Fach- und Gedenkstättenverbände, die RAA oder das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg sollen dafür gestärkt werden.“

Begründung:

Wenn das Kapitel ab Zeile 908 den Anspruch der Überschrift erfüllen soll, dann braucht es dazu mehr als nur einer Aussage zur interkulturellen Bildung.

ANTRAG 7 **Von Peter Engert, Anja Laabs, René Schuster, Christian Rehmer und Sylvia Voß**

Änderungen sind **fett** markiert.

7.1			Teilübernahme mit Neuformulierung
-----	--	--	-----------------------------------

Zeile 94-96

Die soziale Marktwirtschaft muss wieder hergestellt und Schritt für Schritt zu einer demokratischen Marktwirtschaft entwickelt werden. Der systematische Abbau der so genannten „sozialen Marktwirtschaft“ und die aktuelle Krise demonstrieren das Scheitern des Kapitalismus. Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist der sozial-ökologische Neubau und die demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Natur verstehen wir als Lebensgrundlage für alle und wollen sie daher schützen. Die Idee des demokratischen Sozialismus bleibt dabei unser Ziel.
Darum...

Begründung:

Auch wenn wir in einem Wahlprogramm nur einen zeitlich begrenzten Rahmen widerspiegeln, müssen wir nicht der Marktwirtschaft das Wort reden – mal ganz davon abgesehen, dass wir in einer Legislaturperiode weder eine soziale, noch eine demokratische Marktwirtschaft für Brandenburg erreichen könnten. Also sollten wir zeigen, in welche Richtung die Reise gehen soll: „Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft“ heißt es dazu in den Programmatischen Eckpunkten. Erneuern wollen wir kapitalistische Gesellschaftsmodelle nicht. Wir wollen lieber neue Gesellschaftsformen mit aufbauen...

7.2				
-----	--	--	--	--

Zeile 107/108

Als die Krise ausbrach, war unser Land noch lange nicht auf einem Weg **gesunden Wachstums und eines** stabilen Wohlstands für alle.

Begründung:

Wir sollten nicht so tun, als sei Wachstum ein erstrebenswertes Ziel. Unser Energie- und Ressourcenverbrauch verbietet es uns, weiterhin dem Wachstumsfetischismus hinterherzulaufen. Eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft muss ohne Wachstum auskommen.

7.3				
-----	--	--	--	--

Zeile 298

... Neuordnung der Verantwortlichkeiten, **durch Orientierung auf nachhaltige Kriterien** sowie...

Begründung:

In Brandenburg wurden schon Millionen Fördermittel in den Sand gesetzt. Eine sinnvolle Förderpolitik muss sich an klar definierten Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Dann gäbe es auch kein Tropical Island...

7.4				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

Zeile 349

... Messlatten wie **Nachhaltigkeitskriterien**, Beschäftigungswirksamkeit...

Begründung:

In Brandenburg wurden schon Millionen Fördermittel in den Sand gesetzt. Eine sinnvolle Förderpolitik muss sich an klar definierten Nachhaltigkeitskriterien orientieren.

7.5				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

Zeile 399

... zu entsprechen. **Wir sprechen uns für regional angepasste, umwelt- und tierschutzkonforme Tierhaltungssysteme aus. Tierhaltung muss sich an den vor Ort zur Verfügung stehenden Futter- und Gülleflächen orientieren. Nur dadurch sind regionale und nachhaltige Landwirtschaftskreisläufe möglich.**

Begründung:

Wir schreiben zwar, dass wir eine Agrarwirtschaftsinitiative wollen. Wir sagen aber nichts dazu, wie Landwirtschaft – und in diesem Fall die Tierhaltung – überhaupt sein soll. Eine

regional angepasste Tierhaltung sichert Arbeitsplätze, schont die Umwelt ist ein Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt und befindet sich im Einklang mit anderen Landnutzungsinteressen wie Tourismus oder Forstwirtschaft. Die Orientierung an regional zur Verfügung stehenden Flächen zur Futtermittelproduktion und Gülleausbringung ist ein Beitrag zur Förderung regionaler Kreisläufe.

7.6				
-----	--	--	--	--

Zeile 412/413

... setzen wir uns für eine Erweiterungsförderung des ökologischen Landbaus ein. **Dazu schlagen wir eine Erhöhung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämie auf 200 €/Hektar vor.**

Begründung:

Aktuell betragen beide Prämien nur 137 Euro / Hektar. Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt unaufhörlich – gerade auch im großen Berliner Markt. Leider kommen aber zu wenige dieser Produkte aus Brandenburg. Immer weniger Höfe stellen auf Bio um und es gibt zu wenige regionale Verarbeitungskapazitäten. Eine Erhöhung der Prämie auf 200 Euro / Hektar wäre ein wichtiges Signal an die Branche, dass Brandenburg wieder verstärkt auf den Ökolandbau setzt. Das sichert Arbeitsplätze im ländlichen Raum – mehr als bei konventionellen Betrieben – und schont gleichzeitig unsere Umwelt.

7.7				
-----	--	--	--	--

Zeile 428/430 (Hinweis: Zeilennummerierung ist falsch!)

... Brandenburg mittelfristig beim **regionalen ansässigen Discounterketten Lebensmittelhandel** zu erschließen.

Begründung:

Wieso sollten wir uns auf Discounter beschränken? Supermärkte, Wochenmärkte und sonstige Verkaufsorte sollten genauso einbezogen werden.

7.8				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

Zeile 438-441:

Brandenburg ist das walddreichste Bundesland. Diesen Reichtum nachhaltig zu bewahren verlangen seine Funktionen als Rohstofflieferant, als Erholungsraum und seine Fähigkeit CO2 zu binden. Wir lehnen die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab. **und fordern stattdessen eine Die** Erschließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald **muss unterstützt** und die Unveräußerlichkeit des Landeswaldes **gesichert werden.**

Begründung:

Wir verweisen im Wahlprogramm mehrfach auf die besonderen Potentiale Brandenburgs. Das sollte man am Beispiel des Waldes deutlich hervorheben. Die Mobilisierung der Holzreserven im Kleinprivatwald ist unterstützenswert, muss aber nicht gefordert werden und steht auch in kleinster Weise im Zusammenhang mit den Stellenkürzungen (Satzteil 1).

7.9				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

Zeile 450

... im ländlichen Raum geleistet wird. **Aufgabe der Jagd muss es sein, den Bestand von jagdbaren Wildtieren so zu regulieren, dass er für die Wald- und die Landwirtschaft verträglich ist. Die Verjüngung der Wälder ohne schützende Zäune muss dabei das Ziel sein. Die Verwendung von bleihaltiger Munition kann zu Bleivergiftungen bei Raubtieren und zur unnötigen Bleibelastung der Umwelt und des Wildfleisches führen. Ihr Einsatz muss daher schrittweise reduziert werden.**

Begründung:

In einem wild- und waldreichen Bundesland wie Brandenburg, sollte das Thema Jagd zumindest zwei Sätze wert sein. Wir benötigen eine Jagdpolitik, welche sich an den Grundsätzen einer naturnahen Waldbewirtschaftung orientiert. Wenn nötig, ist dazu auch das Landesjagdgesetz zu überarbeiten. Die Vergiftungstode von Greifvögeln und anderen fleischfressenden Tieren durch Blei sind hinlänglich bekannt. Die Umstellung auf eine bleifreie Jagd muss durch geeignete Forschungsvorhaben und Kommunikationsmaßnahmen schrittweise begleitet werden.

7.10				Übernahme
------	--	--	--	-----------

Zeile 464:

an diesem Prozess zu beteiligen. **Das System der Brandenburger Großschutzgebiete ist eine Erfolgsgeschichte. Sie sind Modellregionen nachhaltiger regionaler Entwicklung und bieten Möglichkeiten für den Tourismus, die Landwirtschaft und für klein- und mittelständische Betriebe. Sie sind auf weitere geeignete Gebiete, wie die mittlere Havel, auszudehnen.**

Begründung:

Brandenburg ist bekannt für seine Großschutzgebiete. Sie bieten uns und den zukünftigen Generationen ein Rückzugsraum für Naherholung und Tourismus. Sie geben der Natur den Platz sich auch auf größeren Flächen weitgehend ungestört zu entwickeln. Die Großschutzgebiete müssen erhalten und vergrößert werden.

7.11				Teilübernahme
------	--	--	--	---------------

Zeile 515/516

Aus all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung **bis spätestens 2050** ein. **Braunkohletagebaue über die bisher genehmigten hinaus lehnen wir ab.**

Begründung:

Die Braunkohle macht Brandenburg pro Kopf zu einem schlimmeren Klimaverschmutzer als die USA. Wir treten für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ein. Die genehmigten Abbaugelände können auch ohne neue Tagebaue bis zum Jahr 2040 reichen. Also

nicht warten bis ins Jahr 2050! Der Einstieg in den Ausstieg darf nicht verschoben werden. Das ist letztlich besser für alle Menschen, die nicht zwangsumgesiedelt werden müssen. Besser für den Grundwasserhaushalt, der nicht weiter durch den Tagebau abgesenkt werden muss. Besser für alle Klimageschädigten, besser für die Umwelt und letztendlich auch besser für das Energieland Brandenburg. Denn Brandenburgs Energiepolitik hat eine Zukunft: Erneuerbare Energien!

7.12				Übernahme
------	--	--	--	-----------

Anschließend:

Brandenburg muss sich zudem für eine Reform des Bundesberggesetzes einsetzen, bei dem die frühzeitige Berücksichtigung der Belange Betroffener verankert und die derzeitige Pflicht zur Genehmigung von Bergbauvorhaben abgeschafft wird.

Begründung:

Bergrecht ist zwar ein Bundesthema, aber das Bergbaugebiet Brandenburg muss sich dazu positionieren. Die „gebundene Entscheidung“ über Betriebspläne ist hier eines der Hauptprobleme. Liegen alle im Gesetz genannten Voraussetzungen vor, besteht derzeit ein Rechtsanspruch auf Genehmigung, den es im modernen Fachplanungsrecht (z.B. Straßenbau etc.) sonst nicht gibt. Die Betroffenen bezahlen es mit einer entsprechend schwächeren Rechtsposition.

7.13				
------	--	--	--	--

Anschließend:

Das Land darf in Verantwortung für die Zukunft keine Ressourcen verschenken. Es muss deshalb die bergrechtliche Förderabgabe auch für Braunkohle erheben, wo immer es rechtlich noch möglich ist.

Begründung:

Die Förderabgabe für die Braunkohle wurde größtenteils schon bei der Privatisierung durch die Treuhandanstalt leichtfertig verschenkt. Brandenburg darf daran aber nicht länger gebunden sein als unbedingt nötig, denn inzwischen werden Milliardenprofite mit unserem Bodenschatz gemacht.

7.14				
------	--	--	--	--

Anschließend:

Bei der unterirdischen Verpressung von CO₂ muss sich Brandenburg dafür einsetzen, dass Verursacher und Profiteure die Haftung für Risiken nicht auf den Landeshaushalt abwälzen können. Der mit der Verpressung verbundene Ressourcenverbrauch muss dem Verursacher in Rechnung gestellt werden, anstatt öffentliche Gelder für die Erprobung der riskanten Technologie einzusetzen.

Begründung:

Brandenburg gehört zu den Ländern, die entsprechend dem Entwurf des CCSGesetzes von unkalkulierbaren finanziellen Risiken für die Zukunft betroffen wären. Und die jetzige Landesregierung macht dafür sogar noch Lobbyarbeit! Wir brauchen

Generationengerechtigkeit auch auf diesem Gebiet und müssen uns gegen solche Regelungen wehren! Gefüllte CO2-Speicher wären eine für immer verbrauchte Ressource – Geothermie, Speicherung anderer Gase oder von CO2 aus anderen Quellen sind nicht mehr möglich. Hierfür muss analog zur Förderabgabe gezahlt werden!

7.15					zurückgezogen und als 8.1. eingereicht
------	--	--	--	--	--

Zeile 574/575:

Die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide liegt **im Schutz von Naturparadiesen und sanfter touristischer in ihrer touristischen Nutzung...**

Begründung:

Die Arten- und Ökosystemvielfalt der Kyritz-Ruppiner Heide darf nicht durch eine rein touristische Nutzung gefährdet werden. Natur und Tourismus müssen sich nachhaltig entwickeln können.

7.16					
------	--	--	--	--	--

Zeile 581/582

... für die Bewirtschaftung des Landschaftswasserhaushaltes **und ein Wassereinsparkonzept.**

Begründung:

Wasser einsparen und Wasser nutzen muss völlig neu gedacht werden. Der Wasserverbrauch muss individuell und technisch reduziert werden. Wasser was nicht verbraucht wird, muss nicht gefördert und transportiert werden. Ein Wassereinsparkonzept kann dabei helfen.

7.17					Teilübernahme
------	--	--	--	--	---------------

Zeile 586

... nach dem Vorteilsprinzip auszurichten. **Wasser ist ein derart wichtiges Allgemeingut, dass es weder als Lebensgrundlage privatisiert noch in Form von Gewässern veräußert werden darf. Braunkohle in Brandenburg kann nur abgebaut werden, wenn jedes Jahr über 200 Millionen m³ an Grundwasser abgepumpt werden. Die Folge ist eine Absenkung des Grundwasserstandes in der Lausitz. Die finanziellen Vergünstigungen durch eine Entgeltbefreiung bei der Wasserentnahme für die Braunkohleförderung ist abzuschaffen.**

Begründung:

Leidtragende dieser Wasserpolitik sind die Land- und ForstwirtInnen in der gesamten Lausitz. Sie hatten auch viel stärker mit Dürre und Ernteausfällen zu kämpfen, als die LandwirtInnen in anderen Teilen Brandenburgs. Die LandwirtInnen fordern daher Ausgleichszahlungen für die Ernteausfälle. Deshalb werden Forderungen laut, inwieweit die geltenden finanziellen Vergünstigungen für die Braunkohlegewinnung abzuschaffen sind. Dazu gehört die Entgeltbefreiung bei der Wasserentnahme für die Braunkohleförderung. Diese Maßnahme würde dem Landeshaushalt jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag an Einnahmen

bringen, die zweckgebunden für Investitionen der Wasserwirtschaft ausgegeben werden könnten. Dazu müsste Brandenburg das Landeswassergesetz ändern und die Befreiung vom Wassernutzungsentgelt für die Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser zum Zwecke der Freimachung und Freihaltung von Lagerstätten streichen.

7.18				Teilübernahme
------	--	--	--	---------------

Zeile 600

... im ökologischen Landbau. **Wir unterstützen gentechnikfreie Regionen und setzen uns für deren finanzielle und strukturelle Unterstützung ein.**

Begründung:

In Brandenburg gibt es aktuell sechs gentechnikfreie Regionen. Das ehrenamtliche Engagement von LandwirtInnen, ImkerInnen, GärtnerInnen und vielen anderen zum Aufbau und zur Arbeit in den so genannten „gentechnikfreien Regionen“ ist beeindruckend. Leider fehlt es den Regionen aber oft an (Wo)man-Power und finanziellen Mitteln. Eine gezielte Stärkung kann durch finanzielle und strukturelle Unterstützung erreicht werden.

7.19				
------	--	--	--	--

Zeile 605

Naturschutz ist ein hat einen Eigenwert Wert an sich.

Begründung:

Die Natur hat einen Eigenwert. Naturschutz sollte nicht aus Sicht des Menschen und schon gar nicht in Bezug auf die Verwertbarkeit der Natur begründet werden.

7.20				
------	--	--	--	--

Zeile 606

... lässt sich nicht gegen **Wirtschaftswachstumentwicklung** und Bautätigkeit aufrechnen.

Begründung:

Wir sollten nicht so tun, als sei Wachstum ein erstrebenswertes Ziel. Unser Energie- und Ressourcenverbrauch verbietet es uns, weiterhin dem Wachstumsfetischismus hinterherzulaufen. Eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft muss ohne Wachstum auskommen. Nennen wir es Entwicklung!

7.21				
------	--	--	--	--

Zeile 1429

... bis 600km schrittweise abzulösen. **Wir sprechen uns gegen den Neu- und Ausbau von so genannten Regionalflughäfen aus.**

Begründung:

Flugverkehr ist umweltpolitisch die unsinnigste Transportmöglichkeit. Er zerstört Naturräume

und mindert Lebensqualität. Neben der Verkehrsvermeidung sollten wir vor Allem auf den Waren- und Passagiertransport auf der Schiene setzen, anstatt kleine Flughäfen zu unterstützen bzw. auszubauen.

ANTRAG 8; Ergänzt Antrag 7 Von Christian Rehmer

Lieber Landesvorstand,
ergänzend zu unseren ÄA vom 30.4. findet Ihr anbei einen neuen ÄA. Er ersetzt unseren ÄA zum Bombodrom. Nach erneuter Beratung haben wir uns für einen anderen Text entschieden. Er soll folgendes verdeutlichen:

1. Wir wollen kein Bombodrom.
2. Die Zukunft des Gebietes ist noch offen und muss debattiert werden (im aktuellen Text steht: Die Zukunft liegt in...).
3. Die zukünftige Nutzung muss die entstandenen störungsarmen Gebiete berücksichtigen (also z.B. kein intensiver Tourismus).

Mit (umwelt)freundlichen Grüßen,
Christian.

8.1		Teilübernahme nach Rücksprache mit Antragsteller
-----	--	--

Änderungsanträge von Peter Engert, Anja Laabs, René Schuster, Christian Rehmer und Sylvia Voß

Änderung des Änderungsantrages vom 30.4.2009

ALT:

Zeile 574/575:

*Die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide liegt **im Schutz von Naturparadiesen und sanfter touristischer in ihrer touristischen Nutzung...***

Begründung:

Die Arten- und Ökosystemvielfalt der Kyritz-Ruppiner Heide darf nicht durch eine rein touristische Nutzung gefährdet werden. Natur und Tourismus müssen sich nachhaltig entwickeln können.

NEU:

Zeile 574-576

... einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. **Die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide liegt in ihrer touristischen Nutzung – zum Wohl der Menschen in der Region und zur Schaffung nachhaltiger Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. Dort**

sollen keine komplexen Kriegsszenarien geübt werden, die anderswo in der Welt Hass und noch mehr Terror statt Frieden bringen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region wurde schon durch den jahrzehntelangen juristischen Streit behindert, erst Recht durch das Bombodrom selbst. Das Verbot der militärischen Nutzung hat eines der ganz wenigen störungsarmen Areale geschaffen, das bewahrt werden sollte. Das Bombodrom ist weder militärisch notwendig noch politisch gegen eine demokratische Mehrheit durchsetzbar. Deshalb fordern wir den Verzicht auf die militärische Nutzung und die sofortige Freigabe der geplanten 220 Mio. Euro Bundesmittel für die Beräumung des Gebietes sowie seine Rückgabe an die Region.

Begründung:

Wir sollten nicht benennen, worin die Zukunft des Bombodroms liegt. Und schon gar nicht nur im Tourismus, was ggf. die Zerstörung der jetzigen Lebensräume zur Folge hätte. Die Debatte über eine bewahrende Nutzung des sehr störungsarmen Gebietes muss zusammen mit den Menschen vor Ort geführt werden. Aktuell bleibt unser Ziel: Kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide!

ANTRAG 9 Von der Basisorganisation Neue Impulse Potsdam

9.1				
-----	--	--	--	--

Z. 95

ersetze "demokratischen Marktwirtschaft" mit "sozialistischen Marktwirtschaft"

Begründung:

Wir fordern die sozialistische Marktwirtschaft. Die Planwirtschaft hat ausgedient, die unkontrollierte Marktwirtschaft ebenfalls. Der Markt kann zwar Effizienz herstellen, aber keine Gerechtigkeit. Daher muss der Staat ordnungspolitisch eingreifen und die Rahmenbedingungen so setzen, dass das Konkurrenzprinzip ausdient und wir weg von der Ellenbogengesellschaft hin zu einer solidarischen Gesellschaft kommen. Für uns bedeutet sozialistische Marktwirtschaft eine Stützung des Mittelstandes, garantierte Mitbestimmung in Betrieben und eine kontrollierte Verhinderung der Auswüchse des Finanzmarktkapitalismus durch den Staat. Starke Gewerkschaften und eine umfassende betriebliche Mitbestimmung bis hin zur Wirtschaftsdemokratie, mindestens aber ein Vetorecht der Arbeitnehmenden bei betriebswichtigen Entscheidungen und eine absolut ressourcensparende Wirtschaftsweise stellen für uns nicht nur die notwendige Veränderung des derzeit bestehenden Wirtschaftssystems dar, sondern den wichtigsten Schritt zur gesellschaftlichen Transformation.

9.2				
-----	--	--	--	--

Z. 112

(redaktionell): Ersetze nach Einkommen: „immer mehr“ durch „zunehmend“

9.3				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

Z. 146 – 151

neuer Anstrich: Ökologie: verbesserter Umweltschutz und konsequenten Kampf gegen den Klimawandel

Begründung: Die menschengemachte Finanzmarktkrise ist reversibel, doch der menschengemachte Klimawandel bedroht uns alle. Zudem sind die Brandenburger Emissionen von Klimagasen weit überdurchschnittlich, so dass gerade auch wir unseren Kampf gegen den Klimawandel intensivieren müssen. Deswegen muss unser landespolitischer Beitrag gegen das globale Problem des Klimawandels ein erklärtes Ziel linker Politik sein

9.4				Teilübernahme in Zeile 85 f.
-----	--	--	--	------------------------------

Z.153-154

ersetzen durch: „Es kommt darauf an, einen langfristig angelegten Prozess politischer, sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation in Richtung eines

demokratischökologischen Sozialismus in Gang zu setzen, welcher im Gegensatz zum bisherigen System Lösungen für die drängenden Probleme wie Klimawandel, Finanzmarktkrisen und Chancenungleichheiten bietet“

Begründung:

Die Forderung nach einem demokratischen Sozialismus hat in unserer Partei zurecht Tradition. Ergänzt werden sollte die Begrifflichkeit durch die Ökologie, da der Klimawandel das wahrhaft existenzielle Problem darstellt. Im Entwurf des Landtagswahlprogramms sind genau die richtigen Schritte für die nächsten Jahre genannt, jedoch muss das Ziel unseres politischen Handels bei allen Einzelschritten klar erkennbar sein. Darüber hinaus geht es im Prolog um die Perspektiven, und da müssen wir mit unserer gesellschaftlichen Perspektive eines demokratischen Sozialismus, ergänzt um eine starke ökologische Komponente, klar erkennbar sein.

9.5				Teilübernahme
-----	--	--	--	---------------

Z 186

nach „existenzsichernder Mindestlohn“ folgendes einfügen: „Flächentarifverträge, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, sowie eine hohe Tarifbindung der brandenburgischen Unternehmen müssen angestrebt werden“.

Begründung:

Mindestlöhne schließen flächendeckende Tarifverträge nicht aus, sind aber nur eine politische Minimalforderung. Was wir aber wollen ist eine hohe Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung sowie gute Löhne als Teil guter Arbeit. Weiterhin bieten flächendeckende Tarifverträge viele weitere Leistungen zugunsten der Arbeitnehmenden, wie zum Beispiel Weiterbildungsmöglichkeiten, betriebliche Altersvorsorgeregeln und ähnliches. Gleichzeitig liegen Tarifverträge für gewöhnlich über dem Mindestlohnniveau. Daher soll sich das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten, gerade auch über die öffentliche Vergabe, für mehr flächendeckende Tarifverträge als Mittel hin zu guter Arbeit einsetzen.

9.6				
-----	--	--	--	--

Z. 263-268; in 268 einfügen:

Es ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht akzeptabel, dass die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung an der Bürotür oder dem Fabriktor an jedem Arbeitstag für acht Stunden von der Demokratie faktisch ausgeschlossen wird

Begründung:

Der Kampf um mehr Demokratie in einer Gesellschaft entscheidet sich vorwiegend am Arbeitsplatz und seinen strukturellen Verhältnissen der Menschen zueinander. Befand sich die betriebliche Mitbestimmung zu Zeiten der neoliberalen Hegemonie in Abwehrkämpfen, so ist es jetzt notwendig, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, die betriebliche Mitbestimmung so weit auszudehnen dass wir real von Wirtschaftsdemokratie sprechen können. Die Ergänzung macht klar, dass Selbstbestimmtheit, welche wir stets fordern, nicht vereinbar ist mit einer faktischen Kontrolliertheit und Machtlosigkeit, welche viele

Beschäftigte 40 Stunden die Woche erleben

9.7				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Z. 268-269

(redaktionell) Wirtschaftspolitik muss mit der Regionalentwicklung verzahnt werden und die Lage unseres Landes an der deutsch-polnischen Grenze muss berücksichtigt werden

9.8				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Z. 643-644

„Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde erst durch die Hartz-Gesetze ermöglicht.“

Änderung in: „Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde durch die Hartz-Gesetze stark beschleunigt.“

Begründung:

Die Hartz-Gesetze haben einen dramatischen Einfluss auf den Arbeitsmarkt genommen sowohl durch Deregulierung des Arbeitsmarkt einerseits, sowie auch durch großen Druck und Repressionen gegenüber Arbeitssuchenden. Dieser Fakt darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Grundsteine für diese Entwicklung schon sehr früh gelegt wurden. Arbeitsmarktderegulierung begann bereits als die Zeiten der sogenannten Vollbeschäftigung in der BRD sich dem Ende näherten, also in den 70er und vor allem den 80er Jahren. Die Hartz-Gesetze sind einige von vielen Deregulierungs-Gesetzen. Aber auch sind diese Gesetze nicht der alleinige Grund für diese Entwicklungen, so spielt für Deutschland aufgrund seiner exportorientierten Wirtschaft auch der internationale Wettbewerb und somit die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschlands eine nicht zu unterschätzende Rolle. Daher lässt sich nicht sagen die Hartz-Gesetze haben die Zunahme erst ermöglicht. Dass diese Entwicklung ohne die Hartz-Gesetze stoppen würde war nicht in Aussicht. Durch die Hartz-Gesetze hat diese Entwicklung aber deutlich an Auftrieb gewonnen, das ist richtig und muss auch deutlich gesagt werden.

9.9				Übernahme
-----	--	--	--	-----------

Z. 713

(redaktionell) ändern in: „Der Einstieg muss jetzt erfolgen! Kinder aus sozial ...“

ANTRAG 10 Von Ronny Besançon

Kapitel Gesundheitsversorgung:

Rücksprache mit Antragsteller

10.1				
------	--	--	--	--

1444

füge ein nach "neu gestaltet werden.": Der Ausbau öffentlicher Medizinischer Versorgungszentren durch kommunale Krankenhäuser in regionalen Zentren ländlicher Gebiete kann die drohende Unterversorgung mit Fachärzten wirkungsvoll bekämpfen. Zur flächendeckenden wohnortnahen Hausarztversorgung muss eine kleinteilige Versorgungsplanung erreicht werden.

10.2				
------	--	--	--	--

1454

füge ein nach "Re-Kommunalisierung ein": Der Investitionsstau an Krankenhäusern muss abgebaut werden. Das Land muss sich intensiv für mehr Investitionsmittel zur Modernisierung der Krankenhäuser einsetzen und diese auch zur Verfügung stellen.

10.3				
------	--	--	--	--

Ich will auch anregen, die medizinische Bedarfsplanung zu einem Schlüsselvorhaben zu machen. Würde dann so formuliert werden:

Schlüsselvorhaben 12: Flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen
(Schlüsselvorhaben 12 (alt) würden dann dementsprechend zu Schlüsselvorhaben 13 (neu)

Begründung:

Medizinische Versorgung ist ein Qualitätsmerkmal einer Region. In Randgebieten Brandenburgs, insbesondere im ländlichen Raum, droht diese Versorgung aber zusammenzubrechen. Weite Wege zu Fachärzten sind insbesondere für ältere Menschen ein großes Hindernis. Schuld daran sind zu großflächige Planungsgebiete im Bereich der kassenärztlichen Vereinigung und im Krankenhausbereich. Um regionale medizinische Versorgung nicht nur durch Gemeindefachkräften oder -pflegern zu gewährleisten, müssen diese Planungsgebiete verkleinert werden. Medizinische Versorgungszentren können eine sinnvolle Ergänzung zu den Krankenhäusern sein und die Lücken in deren Versorgungsnetz schließen.

ANTRAG 11 Vom Jugendverband [solid']

Betreff: Gedenkkultur

11.1				Übernahme
------	--	--	--	-----------

Ersetze Z1136-1150 durch:

Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Erinnerungskultur. Gedenken an die von 1933 – 1945 begangenen Verbrechen, insbesondere an die Vernichtung von Millionen Menschen, muss im Mittelpunkt dieser Kultur stehen. Wir setzen uns ein für die (nicht nur) finanzielle Unterstützung heute noch lebender Opfer und fördern den Kontakt der letzten Überlebenden des NS-Terrors zu Nachgeborenen. Wir plädieren für eine wirkliche Integration der Brandenburger Gedenkstätten der Verbrechen der Nazis in den Lehrplan. Wir fordern daher die Einrichtung einer Stiftung oder Stelle, die auch in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten integriert sein kann, die LehrerInnen bei der Vorbereitung von Gedenkstättenbesuchen unterstützt und eine wichtige Schnittstelle ist zwischen Brandenburgs Schulen und den pädagogischen Diensten der Gedenkstätten. Über die inhaltliche Unterstützung hinaus muss der Besuch dieser und anderer Gedenkstätten, auch in anderen Ländern, durch das Land Brandenburg finanziell gesichert werden.

Begründung:

20 Jahre nach dem Mauerfall fühlen wir uns auch dem Erinnern an die DDR und ihr Scheitern verpflichtet. Die Konstruktion eines pseudo-wissenschaftlichen Totalitarismuskonzepts, das DDR und „3. Reich“ als zwei „deutsche Diktaturen“ gleichsetzt, lehnen wir entschieden ab. Wir fordern vielmehr eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit dem in der DDR begangenen Unrecht, mit dem Alltag für die BürgerInnen und mit den Gründen für das Scheitern – fernab von Nostalgie und unter Einbezug der Erfahrungen und Erinnerungen der BrandenburgerInnen.

